# Deutscher Bundestag 4. Wahlperiode

## Drucksache IV/2100

Der Bundesminister des Auswärtigen

Bonn, den 16. März 1964

An den Herrn Präsidenten des Deutschen Bundestages

Betr.: Europäisches Arzneibuch

Bezug: Kleine Anfrage der Abgeordneten Frau Dr. Hubert, Frau Dr. Flitz (Wilhelmshaven), Memmel und Genossen — Drucksache IV/1986 —

Die Kleine Anfrage beantworte ich im Einvernehmen mit dem Bundesminister für Gesundheitswesen wie folgt:

#### Zu 1.

Das Ministerkomitee des Europarats hat die von der Beratenden Versammlung am 16. Januar 1964 beschlossene Empfehlung Nr. 383 über ein Europäisches Arzneibuch schon im Februar dieses Jahres angenommen. Die Bundesregierung hat die Empfehlung im Ministerkomitee unterstützt. Sie hat auch grundsätzlich der Bildung einer Europäischen Arzneibuch-Kommission zugestimmt, die den Auftrag haben soll, das Arzneibuch auszuarbeiten. Es ist vorgesehen, daß die Kommission noch in diesem Frühjahr zu ihrer ersten Sitzung zusammentritt.

#### Zu 2.

Die Europäische Arzneibuch-Kommission ist ein von den sieben Mitgliedstaaten des Teilabkommens für öffentliches Gesundheitswesen eingesetzter Ausschuß. Dies schließt an sich die Einbeziehung von Sachverständigen aus anderen Ländern nicht aus. Da eine begrenzte Mitgliedszahl jedoch der Kommission ein zügigeres Arbeiten erlaubt, erscheint es — jedenfalls im gegenwärtigen Vorbereitungsstadium — nicht zweckmäßig, den Kreis der Kommissionsmitglieder auf die übrigen Mitgliedstaaten des Europarats auszudehnen. Die Bundesregierung hat aber nichts dagegen einzuwenden, daß die Kommission Sachverständige aus einzelnen Ländern hinzuzieht, die ein besonders gut entwickeltes Arzneibuchwesen haben.

### Zu 3.

Die Arbeitsaufnahme der Kommission setzt das Bestehen eines wissenschaftlichen Sekretariats voraus. Es kann damit gerechnet werden, daß bis zum Ende dieses Jahres ein geeigneter Wissenschaftler gefunden wird, der das Sekretariat aufbaut. Ein früherer Beginn der fachlichen Arbeiten der Kommission würde nach Auffassung der Bundesregierung ohnehin deshalb nicht in Betracht kommen können, weil die dafür benötigten erheblichen Mittel im Haushalt des Teilabkommens für das Jahr 1964 nicht veranschlagt sind.

Schröder